

**Jahresmedienkonferenz 2016**

**economiesuisse**

Dienstag, 2. Februar 2016

Es gilt das gesprochene Wort

## Leistungsfähige Infrastrukturen als Erfolgsfaktor

Heinz Karrer, Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Als die Schweizerische Nationalbank vor rund einem Jahr die Wechselkursuntergrenze zum Euro aufgehob, war das vor allem für die Exportindustrie und die Tourismusbranche ein Schock. Rückblickend haben sich die allerschlimmsten Befürchtungen nicht bestätigt – zum Glück. Zu verdanken haben wir das der positiven Entwicklung des Wechselkurses: Die Aufwertung des Frankens betrug längerfristig nicht 20 Prozent, sondern gegen zehn Prozent, was für die meisten Unternehmen zwar hart, aber nicht existenzgefährdend ist. Zudem hat sich die Konjunktur etwas besser entwickelt als erwartet. Entscheidend aber war und ist: Die Unternehmen haben rasch auf die veränderten Rahmenbedingungen reagiert, die Herausforderungen gepackt und ihre Kosten nochmals gesenkt.

Eine weitere Verschärfung der Lage für die Unternehmen haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Anfang März verhindert, indem sie die **Initiative Energie- statt Mehrwertsteuer** sehr deutlich abgelehnt haben. Die Diskussionen im Vorfeld der Abstimmung haben aber einmal mehr gezeigt, dass bei der Mehrwertsteuer Handlungsbedarf besteht. Insbesondere muss die Steuerbürokratie für die kleinen und mittleren Unternehmen abgebaut werden. Dies gelingt am besten mit einem Einheitssatz.

Auch die **Volksinitiative für eine Erbschaftssteuer** auf Bundesebene hat der Souverän deutlich abgelehnt. Angesichts der Tatsache, dass die Standortattraktivität und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unter Druck geraten sind, wären weitere Belastungen und Rechtsunsicherheiten für unsere Unternehmen Gift gewesen. Gegen beide Vorlagen haben wir uns im Abstimmungskampf erfolgreich engagiert. Dass ich hier nur zwei Volksabstimmungen erwähnen kann, hängt natürlich auch damit zusammen, dass in Wahljahren weniger Abstimmungen erfolgen als in anderen Jahren. Insgesamt erachten wir den Ausgang der Wahlen als vielversprechend. Die bürgerlichen Kräfte wurden gestärkt, was für die Wirtschaftspolitik unseres Landes grundsätzlich positiv sein dürfte. Auch wenn in einzelnen Dossiers innerhalb des bürgerlichen Lagers gewichtige Unterschiede bestehen bleiben dürften.

Konkret geht es beispielsweise um die Europapolitik. Die Umsetzung der **Masseneinwanderungsinitiative** wird bald auf die Zielgerade einbiegen müssen, damit die Frist bis Februar 2017 eingehalten werden kann. Der Einigungsprozess mit der Europäischen Union in dieser Sache wird zweifellos anspruchsvoll werden. Ich verweise hier auf die nachfolgenden Ausführungen von Monika Rühl.

Anspruchsvoll sind auch die Debatten in den anderen aktuellen wirtschaftspolitischen Dossiers. In der «**Energiestrategie 2050**» hat das Parlament bereits einige dringend notwendige Korrekturen vorgenommen: Auf ein Langzeitbetriebskonzept für Kernkraftwerke soll verzichtet werden, ebenso auf fixe Laufzeiten der bestehenden Kraftwerke. Zudem sollen die Subventionen für alternative Energien zeitlich befristet werden. Aus Sicht der Wirtschaft sollte das Parlament in der Differenzbereinigung neben diesen Korrekturen nach weiteren Möglichkeiten suchen, damit die produzierenden Unternehmen von einer übermässigen Belastung verschont bleiben.

Die **Unternehmenssteuerreform III** erachten wir als unabdingbar für den Standort Schweiz. Ich möchte aber klar betonen: Die Reform soll keine neuen Privilegien schaffen, sondern eine steuerliche Verschlechterung mit gravierenden volkswirtschaftlichen und finanziellen Konsequenzen für die Schweiz verhindern. Für die Wirtschaft ist es vital, dass die Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt und die Rechts- und Planungssicherheit wiederhergestellt werden. Der Ständerat hat die Vorlage bereits behandelt, voraussichtlich in der Frühjahrsession wird sich auch der Nationalrat damit befassen.

Weitere Schwerpunkte aus Sicht der Wirtschaftspolitik sind im laufenden Jahr die **Volksinitiative «AHV-plus»** oder etwa die **Initiative «Grüne Wirtschaft»**. Beide Vorlagen betreffen die Unternehmen direkt. Wir werden uns gegen beide Initiativen engagieren. Zunächst stimmen wir aber am 28. Februar über die **Juso-Spekulationsinitiative**, die **CVP-Initiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe**, die **zweite Gotthard-Röhre** und die **Durchsetzungsinitiative** ab. Mit Ausnahme der zweiten Strassentunnelröhre am Gotthard sagen wir zu allen anderen Vorlagen Nein. Gegen die Durchsetzungsinitiative hat sich am Freitag an der Medienkonferenz des Wirtschaftskomitees Monika Rühl geäussert.

### **Orientierungsrahmen für eine moderne Infrastrukturpolitik**

Warum sagen wir Ja zum Ausbau des Gotthardtunnels? Weil leistungsfähige Infrastrukturen für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort ein zentraler Erfolgsfaktor sind. Hervorragende Infrastrukturen und wirtschaftlicher Erfolg gehen Hand in Hand. Punkto Infrastrukturen ist die Schweiz im internationalen Vergleich in der Spitzengruppe. Doch andere Volkswirtschaften schlafen nicht und werden den technologischen Fortschritt nutzen – sei es im Verkehr, bei der Energie oder in der Telekommunikation. Ich denke hier vor allem an die Digitalisierung oder an die Vernetzung verschiedener Verkehrsträger.

Auch die Schweiz braucht qualitativ hochstehende Infrastrukturen, die die wirtschaftliche Entwicklung des Landes unterstützen. Diese bereitzustellen ist eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Wirtschaft. Ein Ausbau der Kapazitäten soll sich an den Bedürfnissen der Unternehmen und der Bevölkerung orientieren. Dabei müssen aber klare Prioritäten gesetzt werden. Jede Infrastruktur benötigt einen möglichst hohen Grad an Eigenwirtschaftlichkeit. Der Staat setzt die Rahmenbedingungen so, dass sich die unterschiedlichen Verkehrsträger, Energiequellen oder Telekommunikationsanbieter im Wettbewerb weiterentwickeln und verbessern können.

Die vorhandenen Infrastrukturen bedarfsgerecht weiterzuentwickeln erfordert vor allem Zeit, Platz und Geld. Alle drei Elemente sind jedoch nur in beschränktem Mass vorhanden. In unserem neuen Infrastrukturbericht zeigen wir auf, dass es vor allem Anstrengungen auf vier Ebenen braucht, um diesen Zielkonflikt zu entschärfen. Wir brauchen mithin eine neue Infrastrukturpolitik:

- 1. Mehr Kapazitäten und Intelligenz.** Die steigende Nachfrage braucht eine Infrastruktur, die mitwachsen kann: einerseits durch bauliche Massnahmen wie etwa die Beseitigung chronischer Engpässe in der Verkehrsinfrastruktur und andererseits durch eine bessere Nutzung der bestehenden Kapazitäten. Die Digitalisierung bietet eine grosse Chance, die heutigen Infrastrukturen effizienter zu nutzen. Eine gleichmässigerer Auslastung der Kapazitäten im Personen- und Güterverkehr zum Beispiel würde eine deutliche Entlastung in Spitzenzeiten bringen. Möglich wird dies durch

nachfragegerechte Preise bei der Nutzung, informatikgestützte Verkehrsmanagementsysteme und flexible Arbeits-, Kinderbetreuungs- und Ausbildungsstrukturen.

- 2. Mehr Kostenwahrheit.** Investitionen in Infrastrukturen sollten immer einen möglichst hohen volkswirtschaftlichen Nutzen erzielen. Zudem plädieren wir klar dafür, dass Bau und Unterhalt von Infrastrukturen so effizient wie nur möglich zu erfolgen haben und deren Kosten im Preis reflektiert sind. Das Verursacherprinzip in der Finanzierung von Infrastrukturen muss also gestärkt werden. Konkret heisst das, dass beispielsweise auch Elektroautos gleichwertig in die Finanzierung der Strasseninfrastruktur eingebunden werden. Schliesslich muss im Rahmen eines Mobility Pricings, das verkehrsträgerübergreifend und flächendeckend funktioniert, ein transparentes Kosten- und Preisberechnungssystem eingeführt werden, damit eine verursachergerechte Abrechnung der Infrastrukturnutzung möglich wird.
- 3. Mehr Koordination.** Eine moderne Infrastrukturpolitik braucht eine verstärkte Koordination. So sollte eine wirtschaftsfreundliche Raumpolitik die verschiedenen Ansprüche an den knappen Raum unter einen Hut bringen. Darüber hinaus braucht es auch mehr Koordination zwischen den einzelnen Verkehrsträgern, den verschiedenen Staatsebenen und über die Landesgrenzen hinaus. So braucht beispielsweise ein leistungsfähiges Luftverkehrssystem eine gute nationale und grenzüberschreitende Erreichbarkeit der Flughäfen auf Strasse und Schiene.
- 4. Mehr Wettbewerb.** Die Bereitstellung einer leistungsfähigen Infrastrukturlandschaft ist eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Privaten. Der Staat soll sich auf die Tätigkeitsfelder beschränken, in denen der Wettbewerb eine politisch gewollte Grundversorgung nicht erbringt. In allen andern Feldern soll der Wettbewerb zwischen privaten Anbietern effiziente und nachfragegerechte Infrastrukturen und Angebote bereitstellen. Konkret sind im Personenverkehr Ausschreibungen ein wirksames Element des Wettbewerbs für Effizienzsteigerungen. Wir plädieren für eine institutionelle Trennung von Netz und Betreiber, unter der Bedingung – und nur unter dieser Bedingung –, dass der Wettbewerb Effizienzgewinne erzielt, die allfällige Regulierungskosten übersteigen. Im Güterverkehr gilt der freie Wettbewerb bereits seit 1999. Mit der Verselbstständigung der SBB Cargo und der Gewährleistung eines diskriminierungsfreien Netzzugangs kann die Wettbewerbsintensität erhöht werden. Ein anderes Beispiel ist der Postmarkt: Mit ihrem Restmonopol auf Briefe bis 50 Gramm stellt die Schweiz einen Sonderfall in Europa dar. Die Post hat hier im gesamten Briefverkehr einen Marktanteil von 99 Prozent. Damit die Post ihre Gewinne an die Kundinnen und Kunden weitergibt, braucht es mehr Wettbewerbsdruck. Der Schweizer Postmarkt muss deshalb so rasch wie möglich und vollständig geöffnet werden. Das gesetzlich garantierte Monopol erschwert privaten Anbietern einen erfolgreichen Eintritt in den Postmarkt, behindert das Entstehen neuer Angebote und zementiert das bestehende Preis-Leistungs-Verhältnis für die Kundschaft.

Ich komme zum Schluss: Angesichts der zunehmenden Herausforderungen wird eine moderne Infrastrukturpolitik zu einer Herkulesaufgabe. In diesem Politikfeld hat bisher der Mut zu grossen Reformen gefehlt. Seit der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes 1998 sind weitere Schritte zur Liberalisierung der Infrastrukturen ausgeblieben. Wir dürfen nie aufhören, unsere Infrastrukturen weiterzuentwickeln und den Bedürfnissen von Wirtschaft und Gesellschaft anzupassen. Sonst werden wir eher früher als später von der Dynamik überrollt werden. Unser neuer Infrastrukturbericht soll Denkanstösse liefern und dem neuen Parlament als Orientierungsrahmen für die Infrastrukturpolitik in der noch jungen Legislatur dienen. Eine erste wichtige Gelegenheit bietet der Postmarkt. Der Bundesrat will am Monopol festhalten. Das Parlament kann hier endlich liberale Reformen einleiten.